



Nr.17/2009

SPD-Ratsfraktion

12.05.2009

SPD will endlich Nägel mit Köpfen bei der Schülerbeförderung

Erster Schritt: Deutliche Preissenkung für Schülermonatskarten gefordert

Die seit letztem Jahr andauernde Diskussion um die Preise für die Schülerbeförderung in Flensburg muss endlich zu einem konkreten Ergebnis geführt werden. Das fordert jedenfalls die SPD-Ratsfraktion, die jetzt einen ersten Schritt gehen will. Die Bürgerinitiative hat nach Meinung der SPD das Recht auf eine klare Antwort. Und diese Antwort könnte nach SPD-Auffassung in einer ersten Preissenkung für Schülermonatskarten bestehen. Eine Schülermonatskarte kostet derzeit 31,50 Euro. Ginge es nach der SPD, dann könnte ihr Preis in einem ersten Schritt abgesenkt werden. Dann würde sie zunächst zwischen 25 und 28 Euro kosten. Hierzu müssten von den Verkehrsbetrieben verschiedene Tarifmodelle entwickelt werden, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost: „Wir wollen, dass in die Diskussion um die zukünftigen Tarife Bewegung kommt und die Zeit der endlosen Prüfungen zu Ende geht.“ Jochen Haut, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport, erinnert: „Seit Juli 2008 gibt es einen Ausschussbeschluss, demzufolge uns die entsprechenden Zahlen und Modelle vorgelegt werden sollen.“

Die SPD verhehlt nicht, dass das politisch Wünschenswerte zurzeit nicht finanzierbar ist. Sie will aber, dass jetzt die Tür zugunsten der Fahrschülerinnen und Fahrschüler geöffnet wird. „Wir wollen finanzpolitisch verantwortungsvoll handeln, aber auch einen weiteren Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit gehen“, so Helmut Trost und Jochen Haut. Die SPD wünscht deshalb, dass die Verwaltung die Auswirkungen weiterer Tarifsenkungen über den SPD-Vorschlag hinaus ermittelt und dazu unverzüglich Gespräche mit den Verkehrsbetrieben aufnimmt.

Diese Schritte für weitere Absenkungen behält sich die SPD ausdrücklich vor. Sie macht aber auch deutlich, wie groß der finanzielle Aufwand ist: „Würde der Preis der Schülermonatskarte auf 10 Euro gesenkt, würde dies nach Angaben der Verwaltung 2,15 Millionen Euro kosten“, erläutert Jochen Haut. „Dies ist bei der gegenwärtigen Haushaltssituation nicht finanzierbar“, meint der bildungspolitische Sprecher der SPD und plädiert wie sein Fraktionsvorsitzender für Stufenmodelle..

Die SPD hat verschiedene Varianten für eine Entlastung der Eltern geprüft. Eine Entfernungsregelung, die mit der in den Landkreisen vergleichbar ist, spielte dabei ebenso eine Rolle wie kostenfreie Linienkarten, die nur für Schulfahrten gelten würden. Auch das Modell völlig kostenfreier Fahrten für alle Grundschüler, unabhängig von der Entfernung,

wurde geprüft. „Bei jedem dieser Modelle gab es aber neue Ungerechtigkeiten oder Finanzierungsprobleme“, erläutert Helmut Trost und begründet so den Vorstoß der SPD für eine Preissenkung bei den Schülermonatskarten. „Diese erste Preissenkung wäre der erste Schritt. Sie ist finanzierbar, entsprechende Tarifmodelle müssen sofort auf den Tisch.“

V. i. S. d. P.: Helmut Trost